

STABILISIERUNG DER GEMEINSAMEN WÄHRUNG

Sorgfalt im Interesse der Bürger

Die Stabilisierung der Gemeinschaftswährung bleibt das bestimmende Thema im Deutschen Bundestag. Nach vielfachen Beratungen im Verlauf der Woche befassten sich die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Freitag in einer Sondersitzung nochmals ausführlich mit möglichen Wegen aus der Schuldenkrise. Die exorbitante Staatsverschuldung einiger europäischer Staaten hatte die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung zuletzt stark gefährdet. Eine solche Entwicklung birgt insbesondere für die deutsche Volkswirtschaft enorme Risiken. Immerhin profitiert die hiesige Wirtschaft weit überdurchschnittlich stark vom Export in die anderen Länder der Euro-Zone. Millionen von Arbeitsplätzen in der ganzen Republik hängen somit von der Stabilität des Euro ab.

Klare Regeln für Stabilitätsunion – Schuldenbremse Vorbild

Die unionsgeführte Bundesregierung setzt im Rahmen der bevorstehenden historischen Entscheidungen auf klare strukturelle Leitplanken für die weitere Entwicklung. So fordern die christlich-liberalen Koalitionäre entschiedene Schritte hin zu einer echten Stabilitätsunion. Als Vorbild dient dabei die Bundesrepublik. Insbesondere die hierzulande geltende Schuldenbremse wird europaweit als beispielhaft angesehen. Diese Regelung, die die unionsgeführte Bundesregierung sogar in der Verfassung verankert hat, garantiert eine deutlich Rückführung der Neuverschuldung des Bundeshaushalts. Einige europäische Staaten haben mittlerweile ähnliche Mechanismen auf den Weg gebracht. Die christlich-liberale Koalition wird auch weiterhin alles dafür tun, dass möglichst viele europäische Partnerstaaten diesem Beispiel folgen.

Lösung muss Grenzen deutscher Belastbarkeit respektieren

In den Ländern, deren enorme Verschuldungspolitik die aktuelle Krise auslöste, sind aber darüber hinaus rasche und starke Einsparungen notwendig. Dazu ist nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch eine höhere Verbindlichkeit der bestehenden Stabilitätskriterien von Maastricht notwendig. In ganz Europa blieb über Jahre unvergessen, wie Deutschland unter der rot-grünen Bundesregierung die Aufweichung eben dieser Stabilitätskriterien betrieb. Unter derselben Regierung Schröder war auch Griechenland in den Euro aufgenommen worden.

In den Verhandlungen über mögliche Wege aus der Schuldenkrise setzt die CSU im Deutschen Bundestag auf zwei Kernprinzipien ihrer Politik. Einerseits tun die Christsozialen alles für eine Stabilisierung unserer Währung. Andererseits bestehen sie klar auf der Obergrenze möglicher von Deutschland zu übernehmender Garantien in Höhe von 211 Milliarden Euro. Voraussichtlich kommende Woche entscheidet ein Sondergipfel der EU über das weitere Vorgehen.

Kein Pardon gegen Linksterroristen

Die Bundestagsabgeordneten von Union und FDP haben die Anschläge von Linksterroristen auf wichtige Knotenpunkte der Deutschen Bahn scharf verurteilt. In einer aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages konzentrierten sich Kritik und Empörung auf die feigen Täter sowie Vertreter des rot-rot-grünen Linksbündnisses, die solche Straftaten aus dem linken Spektrum relativieren. So hatte etwa die Linkspartei-Abgeordnete Jelpke die Ziele der Linksextremisten als „durchaus richtig“ bezeichnet. Damit steht sie in einer bei SPD, Grünen und Linkspartei weit verbreiteten Tradition, nach der zwischen „gutem“ und „schlechtem Terror“ zu unterscheiden ist.

Rot-Rot-Grün auf dem linken Auge blind

So hatte auch die rot-grüne Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 ausschließlich Projekte gegen den Rechtsextremismus unterstützt, während linke Politiker immer wieder Verständnis für die Motivation von Linksradikalen zeigten. Erst Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder änderte diese Praxis: Unter ihrer Führung erarbeitete das zuständige Ministerium endlich auch Konzepte gegen die Verbreitung linksextremistischen Gedankenguts. Dabei legt Frau Schröder Wert darauf, dass die dafür notwendigen Mittel nicht durch Einsparungen beim Kampf gegen Rechtsextreme gewonnen werden. Vielmehr bleiben die dafür angesetzten Ausgaben stabil. Gleichzeitig wurden auch die Initiativen gegen den islamistischen Extremismus ausgebaut.

Experten: Linksterrorismus zunehmend gut vernetzt

Redner von Union und FDP erinnerten an die ungezählten Passagiere, die unter Verspätungen ihrer Züge im Bereich von insgesamt 50.000 Minuten litten. Gleichzeitig wiesen die Vertreter der christlich-liberalen Koalition darauf hin, dass der verursachte Schaden noch höher ausgefallen wäre, hätte die nasskalte Witterung nicht die Zündung weiterer gelegter Brandsätze verhindert. Experten werten die Tatsache, dass 18 Brandsätze koordiniert platziert werden konnten, dennoch als Beleg für den hohen Organisationsgrad des linksextremistischen Spektrums und fordern ein Festhalten der unionsgeführten Bundesregierung an ihrer konsequenten Strategie gegen jede Form des politischen Extremismus.

Zahl linker Gewalttaten nimmt stark zu

Der aggressive Ton des Bekennerschreibens und die breite Unterstützung, die es links der Mitte des politischen Spektrums erfahren hat, verheißen nach Ansicht von Experten nichts Gutes. Vielmehr zeigen sie, dass Linksextremisten zunehmend häufig bereit sind, Schäden und Opfer als Folgen ihrer feigen Anschläge in Kauf zu nehmen. Dies belegt auch der Verfassungsschutzbericht für das vergangene Jahr. Während die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Körperverletzungen um 14 Prozent zurückgegangen ist, stieg die Vergleichszahl auf der Seite der Linksradikalen um acht Prozent an. Die Gesamtzahl der aus linksextremistischen Motiven verübten Gewalttaten lag 2010 bei 944, während Rechtsextreme 762 Gewalttaten verübten.